

Antrag der Fraktion DIE LINKE

Grundwassersanierung beim Tanklager Farge beschleunigen

Das Tanklager Farge wurde im zweiten Weltkrieg von der Wirtschaftlichen Forschungsgesellschaft (WIFO) für die Wehrmacht errichtet, wahrscheinlich mit Einsatz von Zwangsarbeitern. Nach Kriegsende wurde es zunächst von der US Army betrieben, 1957 ging es in das Eigentum des Bundesverteidigungsministeriums über. Betrieben wurde es von der WIFO-Nachfolgerin Vereinigte Tanklager und Transportmittel Gesellschaft (VTG), die 1961 privatisiert wurde und das Tanklager zwei Jahre später an die Industrieverwaltungsgesellschaft (IVG) übergab. Diese wurde zunächst teilweise und 1993 voll privatisiert. Seitdem wird das Tanklager von privaten Unternehmen betrieben, zurzeit vom Unternehmen TanQuid. Die Bundeswehr als Eigentümerin möchte das Tanklager zum 31.5.2013 jedoch aufgeben, so dass auch TanQuid den Betrieb einstellen wird.

Das mehrere Quadratkilometer große Tanklager auf bremischem und niedersächsischem Gebiet umfasst 78 unterirdische Tanks mit einem Gesamtvolumen von 319.500 m³ sowie die dazugehörige Infrastruktur an Rohrleitungen, zwei Verladebahnhöfe mit Gleisanbindung, einen Kanisterabfüllplatz etc. und verfügt über eine Hafenanbindung.

Für die Sicherheit der Einrichtungen zuständige Kontrollbehörde ist die Gewerbeaufsicht des Landes Bremen. Für etwaige Umweltschäden ist das Ressort des Umweltsenators zuständig. Dessen Referat Bodenschutz/Altlasten hat 2007 erstmals Grundwasseruntersuchungen veranlasst, bei denen massive Kontaminationen mit BTEX (Kohlenwasserstoffe Benzol, Toluol, Ethylbenzol und Xylol) und MTBE (Methyltertiär-Butylether) festgestellt wurden.

Die BTEX-Konzentrationen betrugen bis zu 350.000 µg/l - die von der Länderarbeitsgemeinschaft Wasser angewandten „Geringfügigkeitsschwellen“ liegen bei 10-30 µg/l. BTEX können z.B. Nierenschäden verursachen, Benzol gilt zudem als krebserregend.

Die MTBE-Konzentrationen betrugen bis zu 1.600 µg/l, bei einer Geringfügigkeitsschwelle von 15 µg/l. Auch MTBE werden z.B. von der Deutschen Forschungsgesellschaft als „krebserzeugende Arbeitsstoffe“ eingestuft.

Die Grundwasserkontaminationen dehnen sich über ein außergewöhnlich großes Gebiet aus. Sie erstrecken sich in einer Grundwasserschadstofffahne von 800 m bis in die Wohngebiete von Farge. 2009 informierte das Ressort daher die Anwohner_innen und forderte sie auf, kein Brunnengrundwasser zu verwenden.

Das Umweltressort vermutet, dass die Ursachen für diese erheblichen Grundwasserkontaminationen im zweiten Weltkrieg und der Zeit danach liegen, da bei Bombenalarm volle Treibstoffkessel abgelassen worden seien. MTBE werden jedoch erst seit den 1980er Jahren verwendet, so dass spätere Leckagen wahrscheinlich erscheinen.

Die höchsten Schadstoffbelastungen wurden am Verladebahnhof II gemessen, daher wurden dort als „Sofortmaßnahme“ im Jahr 2010 vier Brunnen gesetzt, aus welchen

belastetes Grundwasser gefördert wird. Mit dieser Grundwassersanierung an der vermuteten Hauptbelastungsquelle soll die weitere Ausbreitung der Schadstoffe vermieden werden, die bereits verbreiteten Schadstoffe sollen sich biologisch selbst abbauen. Zudem hat das Umweltressort die Bundeswehrverwaltung aufgefordert, kontinuierlich und in größerem Umfang das Grundwasser zu überwachen.

Die erforderliche Dauer der Grundwassersanierung auf dem Gelände könnte laut Umweltressort 10 Jahre dauern, angenommen, weitere Schadensquellen gibt es nicht. Weitere mögliche Maßnahmen, wie das Ausheben des belasteten Bodens am derzeit einzig betriebenen Verladebahnhof II, werden derzeit nicht vorgenommen.

Die Bürgerschaft (Stadtbürgerschaft) möge beschließen:

1. Der Senat wird aufgefordert, der Stadtbürgerschaft bis zum 31.12.2012 einen Bericht vorzulegen über die technischen und institutionellen Möglichkeiten, die Grundwasser- und Bodenkontaminationen im Tanklager Farge und den angrenzenden Wohngebieten schneller zu beheben.
2. Eine fortgeführte Nutzung des Geländes als Tanklager über den 31. Mai 2013 hinaus wird ausgeschlossen, um weitere Umweltschäden zu vermeiden.

Klaus-Rainer Rupp, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE